

So soll Winterthur CO₂-frei werden

Klimaplan der Stadt Am Dienstag stellte der Stadtrat seinen Plan für die erste Etappe auf dem Weg zu netto null Tonnen CO₂ bis 2050 vor. Aufgrund der «Dringlichkeit des Klimaschutzes» wird dieser ab sofort umgesetzt.

Jonas Keller

Am Dienstag stellte Stadträtin Katrin Cometta (GLP) die neue Klimapolitik der Stadt vor. «Wir müssen jetzt handeln. Das sind wir den kommenden Generationen schuldig», eröffnete sie die Präsentation. Tatsächlich hatte der neue Klimaplan eine Weile auf sich warten lassen: Bereits im Juli 2019 rief der Grosse Gemeinderat den Klimanotstand aus und überwies die Motion «Netto null Tonnen CO₂ bis 2050».

Der Stadtrat bekam damit den Auftrag, den Nettoausstoss von Klimagasen in Winterthur auf null herunterzufahren. Um konkrete Massnahmen auszuarbeiten, gab sich die Stadt dann noch ein gutes Jahr länger Zeit. Dafür stellte sie einen fixfertigen Beschlussentwurf in Aussicht. Dieser liegt nun vor und erfüllt die Forderungen des Stadtparlaments, nicht aber jene der Klimabewegung.

Aktuelle Massnahmen reichen nicht

Der Forderung der Klimabewegung, bereits bis 2030 klimaneutral zu werden, erteilt die Exekutive eine Absage: So fehle im Gesetz etwa die Grundlage dafür, Hausbesitzer zum Ersatz von Heizungen mit fossilen Brennstoffen zu verpflichten oder Werbung für Konsumgüter zu verbieten. Der ehrgeizigere Zeitplan würde zudem einen «unverhältnismässig hohen Kostenaufwand» mit sich bringen.

Der Weg zur Klimaneutralität wird in Winterthur nun eher ein Marathon als ein Sprint. In der ersten von vier Etappen à acht Jahren soll ein Paket von 54 Massnahmen die Stadt auf Klimakurs bringen. Sicher ist, dass die jetzigen Massnahmen nicht reichen, um das Netto-null-Ziel bis 2050 zu schaffen. Sie reichen nicht einmal für das aktuell gültige Klimaziel – eine Reduktion der Treibhausgase auf maximal zwei Tonnen pro Kopf. Dies zeigt ein vor rund drei Wochen veröffentlichter Bericht für den Stadtrat.

Das alte Ziel wird der aktuellen Lage laut Cometta nicht mehr gerecht: «Es ist heute nicht mehr verantwortbar.» Es brauche ein ehrgeizigeres Vorgehen, um den Klimawandel zu bremsen. Dabei will die Stadt bei der Energieversorgung, den Gebäuden, der Mobilität und beim Konsum ansetzen. Diesen Massnahmenkatalog sehe man als nötig und realistisch an.

Energie: Solarstrom und Biogas

Die Stadt setzt künftig stärker auf die Solarenergie. Um 50 Prozent will sie den Ertrag aus Fotovoltaikanlagen steigern. Dafür fördert sie nicht nur neue private Anlagen, sondern will auch auf den eigenen Dächern bauen. Und zwar hundert in den nächsten fünf Jahren. Doch auch dann deckt Solarstrom noch weniger als fünf Prozent des Stromverbrauchs. Langfristig soll es zudem nur noch erneuerbares Gas geben. Aktuell ist das erst zu einem Drittel der Fall.

Die Stadt will lokale Wärmeverbunde realisieren und stärkere Anreize schaffen für Hausbesitzer, die ihre Heizungen erset-



Katrin Cometta (GLP, Bildmitte) präsentiert die Klimamassnahmen der Stadt. Ihrer Partei gehen diese allerdings nicht weit genug. Foto: M. Dahinden

«Dieses Ziel ist heute nicht mehr verantwortbar.»

Katrin Cometta (GLP)
Stadträtin

zen wollen. Beide Massnahmen haben laut Berechnungen der Stadt das Potenzial, je 150 Kilogramm CO₂-Äquivalente pro Person einzusparen. Weiter will sie ökologischere Baustoffe fördern. Parallel dazu soll der Kühlbedarf etwa durch Begrünung gesenkt werden.

Mobilität: Velonetz und autofreie Tage

Ansetzen will der Stadtrat auch bei der Mobilität. «Das Auto ist auch für kurze Strecken noch immer sehr beliebt», sagt Cometta. Ein lückenloses Velonetz und hindernisfreie Fusswege sowie ein starkes ÖV-Angebot sollen das ändern. Dabei hat die Umweltvorsteherin nicht nur Privatpersonen im Blick: Auch Handwerker und Gewerblerrinnen sowie Lieferdienste sollen auf Transportvelos umsteuern. Weiter will die Stadt die Elektromobilität fördern und denkt über autofreie Tage sowie ein Fahrverbot für besonders klimaschädliche Fahrzeuge nach.

Der Konsum verursacht mehr als die Hälfte der Klimaemissionen. Dafür will die Stadt die Bevölkerung und die Wirtschaft sensibilisieren. «Bevormundung

ist nicht unser Ziel», stellt Cometta klar. «Wir können diesen Bereich aber auch nicht einfach ausklammern.» Die Leute sollen dazu animiert werden, ihre Freizeit und Ferien möglichst klimaschonend zu verbringen. Damit das klappt, will die Stadt die Naherholungsgebiete attraktiver machen. Waren sollen vermehrt getauscht, repariert und weiterverkauft statt durch neue ersetzt werden. Ein weiteres Ziel ist die Reduktion der Wohnfläche pro Person.

Steuererhöhung wahrscheinlich

Zwischenziel auf dem Weg zur Nullemission im Jahr 2050 ist es, den Ausstoss bis 2035 auf eine Tonne pro Kopf zu senken. Ehrgeiziger zeigt sich der Stadtrat bei der eigenen Verwaltung. Sie soll das Netto-null-Ziel bereits 2035 erreichen. Damit das klappt, will sie die eigenen Liegenschaften klimatechnisch optimieren, wo möglich Fahrzeuge mit erneuerbarem Antrieb kaufen und Nachhaltigkeitsregeln bei Beschaffungen konsequent berücksichtigen.

Die Stadt schätzt die Kosten für die Umsetzung der Massnahmen auf 6,6 Millionen Franken pro Jahr. Der Grossteil davon – 4 bis 5 Millionen Franken pro Jahr – muss wohl über die Steuern finanziert werden. Das entspricht rund zwei Steuerfussprozent. Der Rest wird über Gebühren oder Gelder von Dritten wie etwa Fördermittel finanziert. Wegen der Mehrausgaben wird voraus-

sichtlich eine Steuererhöhung oder ein Leistungsabbau nötig.

Weiter kommen in den nächsten 30 Jahren teure Investitionen auf die Stadt zu. Sie schätzt die Kosten dafür auf 300 bis 500 Millionen Franken. «Die durch den ungebremsten Klimawandel zu erwartenden Kosten, welche künftige Generationen zu tragen hätten, übersteigen die heute notwendigen Investitionen bei weitem», schreibt der Stadtrat dazu.

Grüne, SP und GLP begrüessen den Klimaplan. Sie befürchten aber, dass der Stadtrat die Kosten und den Aufwand für die Umsetzung unterschätzt. Die Grünen fordern deshalb, dass die Stadt für die Umsetzung des Klimaplans eine neue Stelle oder eine Taskforce schafft.

Die GLP sieht in den Massnahmen lediglich ein «Minimalziel» und warnt: «Der Stadtrat muss sich bewusst sein, dass wir beim Klimawandel keine Zeit zu verschenken haben. Wir hinterlassen den kommenden Generationen eine CO₂-Erbschaft mit sehr negativen Folgen.»

Die SVP argumentiert, dass der Einfluss von Winterthur auf das Klima vernachlässigbar sei. Die Kosten dafür seien zu gross, zudem müsse Nachhaltigkeit auf Freiwilligkeit basieren. Die Partei wittert hinter den Massnahmen einen Plan: Der Stadtrat wolle unter dem Deckmantel des Klimaschutzes eine Verkehrspolitik umsetzen, die dem Individualverkehr feindlich gesinnt sei.

Der Klimabewegung wiederum gehen die Massnahmen zu

wenig weit. Klimaaktivist Caesar Anderegg spricht von einem Schritt in die richtige Richtung – das Ziel 2050 statt 2030 sei aber «verantwortungslos»: «Es ist an den wohlhabenden Ländern, die schliesslich für die meisten Emissionen verantwortlich sind, da schneller vorwärtszumachen.» Das entspreche auch der Klima- und Energiecharta, welche die Stadt unterzeichnet hat. Die neuen Massnahmen seien darum nicht ausreichend.

Vor allem beim Thema Konsum habe man sich mehr Mut vom Stadtrat gewünscht. «Die Stadt versteckt sich hinter rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, anstatt diese zu ändern.» Bei der Stadt weist man darauf hin, dass man bewusst einen realistischen Zeitplan gewählt habe, es aber durchaus möglich sei, dass die Schraube in acht Jahren nochmals angezogen werde.

Stadtrat wartet nicht auf Volksabstimmung

Der Grundsatzentscheid kommt nun zwar erneut vor den Gemeinderat und dann vors Stimmvolk. Der Stadtrat hat allerdings «angesichts der Dringlichkeit des Klimaschutzes» beschlossen, die Massnahmen bereits umzusetzen und ab sofort netto null 2050 statt der aktuell vorgeschriebenen zwei Tonnen CO₂ pro Kopf anzupfeilen. Weiterhin vorgängig absegnen muss der Gemeinderat jene Massnahmen, für die Kredite oder Gesetzesänderungen nötig sind.